

A5-Beschluss - Arbeit anders machen - Selbstbestimmung statt Lohnarbeitszwang!

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

Antragstext

1069 Die Digitalisierung schreitet rasant voran, verändert schon jetzt all unsere
1070 Lebensbereiche und wird in den nächsten Jahren zu immer größeren Umbrüchen
1071 insbesondere in der Arbeitswelt führen. Immer wieder wird sie als Revolution der
1072 Arbeitsverhältnisse bezeichnet. Revolution setzt jedoch einen radikalen Bruch
1073 mit den gesellschaftlichen Verhältnissen voraus. Doch auch wenn grundlegende
1074 Veränderungen der Arbeitswelt gewiss und auch jetzt schon erlebbar sind, führt
1075 die Digitalisierung nicht automatisch zur Überwindung von bestehenden Problemen
1076 und verbessert nicht automatisch die Lebenssituation von Menschen, die auf
1077 Lohnarbeit angewiesen sind. Ganz im Gegenteil gibt es die Gefahr, dass sie
1078 bestehende Ungerechtigkeiten, Abhängigkeiten und Machtkonzentrationen noch
1079 verstärkt und zu einem immer größeren Zwang zur Selbstoptimierung und einer
1080 immer größeren Entgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit führt. So führten die
1081 ersten Automatisierungsprozesse zu Rationalisierungsmaßnahmen. Sie führten aber
1082 auch zu einem gesellschaftlichen Umbruch, in dem die frühe Digitalisierung zur
1083 einem entspannteren Arbeiten und mehr Freizeit führte. Seit der modernen
1084 Digitalisierung ist diese Bewegung jedoch rückläufig. Kapitalistische Zwänge
1085 führen zu einem immer größer werdenden Druck in der Digitalisierung und der
1086 damit verbundenen Prozessoptimierung, woraus noch mehr Leistungsdruck und noch
1087 härteren Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten folgt. Wir dürfen die
1088 Digitalisierung nicht allein als Prozessoptimierer und Kosteneinsparer
1089 betrachten, sondern müssen zurück zu den Basics. Denn die Digitalisierung birgt
1090 auch das Potenzial, die Selbstbestimmung und Rechte von Arbeitnehmer*innen zu
1091 stärken und langfristig eine Gesellschaft zu ermöglichen, in der jeder Mensch
1092 frei über seine Zeit verfügen kann und die notwendige Arbeit und der
1093 gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt sind.

1094 Modernisierung der Arbeitswelt politisch gestalten

1095 Welches dieser Szenarien eintritt, hängt davon ab, ob und wie die
1096 Digitalisierung politisch gestaltet wird. Wir wollen uns weder einem blinden
1097 Technikglauben noch einer rückwärtsgewandten Technikfeindlichkeit hingeben,
1098 sondern die Chancen der Digitalisierung im Wissen ihrer Risiken nutzen. Denn die
1099 Entwicklung der technischen Möglichkeiten ist für uns kein Selbstzweck, sondern
1100 ein Mittel für gesellschaftlichen Fortschritt und ein Mehr an Gerechtigkeit und
1101 Freiheit. Dafür müssen wir begeisternde Visionen schaffen, die aufzeigen, wie
1102 wir Arbeit in einer digitalisierten Welt denken können und wie die
1103 Digitalisierung zur größeren Freiheit des Individuums beitragen kann. Für uns
1104 ist klar, dass das nur gelingen kann, wenn sich die Produktion in Zukunft an den
1105 Bedürfnissen von Menschen und nicht an Profiten orientiert. Das bedeutet auch,
1106 dass wir mit den neoliberalen Glaubenssätzen von Privatisierung, Vermarktlichung
1107 und Deregulierung brechen müssen. Nur durch einen echten politischen
1108 Gestaltungswillen, klare Regulierungen, Lust an der Veränderung und einer
1109 Überwindung der reinen Verwertungslogik kann die Digitalisierung im Sinne der

1110 Selbstbestimmung und Gerechtigkeit umgesetzt werden. Die technischen
1111 Möglichkeiten für eine Gesellschaft ohne Armut und Zwang zur Lohnarbeit sind
1112 immer mehr gegeben - lasst sie uns gemeinsam nutzen!
1113 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Menschen nicht auf Lohnarbeit
1114 angewiesen sind, um ihre Existenz zu sichern. Die Digitalisierung kann
1115 langfristig dazu führen, dass das Maß an Arbeit, das von Menschen getätigt
1116 werden muss, abnimmt. Das ist für uns nichts Negatives, sondern kann in
1117 Verbindung mit einem funktionierenden System der sozialen Sicherung und einer
1118 gerechten gesellschaftlichen Verteilung von Arbeit zu mehr Freiheit und
1119 Selbstbestimmung beitragen. Was wir brauchen ist keine Arbeitsplatzreduktion,
1120 sondern eine Arbeitszeitreduktion bei gleichem Gehalt! Es wäre zu kurz gedacht,
1121 drohende Arbeitsplatzverluste im Hier und Jetzt deshalb schön zu reden, da diese
1122 mit der Gefahr von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung verbunden sind. Die
1123 genannten Verbesserung treten nur dann ein, wenn die Digitalisierung von einer
1124 emanzipatorischen Sozial- und Arbeitspolitik begleitet und gestaltet wird,
1125 weshalb wir in diesem Antrag einen Schwerpunkt auf diese Themenfelder legen. Wir
1126 wollen Perspektiven für Menschen, deren Arbeitsplatz durch die Digitalisierung
1127 bedroht ist und den Einsatz für Arbeitnehmer*innenrechte mit der langfristigen
1128 Vision einer Gesellschaft, in der Menschen selbst über ihre Zeit und
1129 Arbeitskraft verfügen können, zusammen denken.
1130
1131 Auf dem Weg in eine Gesellschaft, die den digitalen Wandel dazu genutzt hat, den
1132 Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen, wollen wir:

1133 **1. Arbeit und Wohlstand gerecht verteilen!**

1134 Die Digitalisierung der Arbeitswelt soll und muss zur Reduzierung der durch
1135 Menschen geleisteten Arbeit führen. Arbeit, die von Maschinen übernommen werden
1136 kann und deren Übertragung an Maschinen ethischer Konsens ist, sollte Maschinen
1137 überlassen werden, um dadurch wieder mehr Freiräume für das Leben der Menschen
1138 zu schaffen. Wir begegnen dem digitalen Wandel nicht mit dem Schüren von Ängsten
1139 vor Arbeitsplatzverlust, sondern mit Vorfreude auf weniger Arbeit, die wir auf
1140 mehr Schultern verteilen. Wir wollen nicht verhindern, dass den Menschen Arbeit
1141 abgenommen werden kann. Doch wir wollen, dass aus weniger benötigter Arbeit
1142 weniger Arbeit für alle wird und, dass es bei dieser Entwicklung gerecht zugeht.
1143 Die GRÜNE JUGEND fordert für alle Arbeitnehmer*innen die 28-Stunden Woche als
1144 neue Vollzeit mit der Perspektive auf weitere Verkürzungen und perspektivisch
1145 die Möglichkeit für alle Arbeitnehmer*innen, ihre Arbeitszeit flexibel mit den
1146 Arbeitgeber*innen zu vereinbaren und weiter abzusenken, ohne das Rückkehrrecht
1147 auf Vollzeit zu beschneiden. Statt Arbeitsplatzreduktion im Zuge der
1148 Digitalisierung wollen wir eine Arbeitszeitreduktion.
1149 Arbeit bedeutet heute für den Großteil der Menschen - auch im Gegensatz zu den
1150 Sozialsystemen - finanzielle und soziale Absicherung und die muss unter allen
1151 Umständen gewahrt bleiben. Als einen Schritt dorthin betrachten wir die
1152 Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, welches die Menschen zunächst
1153 vor Existenzsorgen schützen soll.
1154
1155 Das Weniger an Arbeit und ihre grundlegende Veränderung wird sich insbesondere
1156 in der Industrie abspielen. Es wird weiterhin ein produzierendes Gewerbe
1157 brauchen: Denn eine gute Infrastruktur baut sich nicht von alleine. Wir wollen
1158 eine Industrie, die ökologisch und nachhaltig produziert, um
1159 gesamtgesellschaftlichen Wohlstand zu schaffen und die sich nach den
1160 Bedürfnissen der Menschen und nicht des Marktes richtet. Wir erkennen an, dass
1161 die Menschen, die beispielsweise in den Thyssen-Krupp Stahlwerken im Ruhrgebiet
1162 arbeiten und um ihre Jobs bangen, berechtigte Sorgen um die eigene Zukunft und
1163 Lebensgrundlage haben. Durch globale Zusammenhänge wird diese existenzielle
1164 Bedrohung vielerorts noch verstärkt.

1165 Deshalb braucht es insbesondere für den Übergangszeitraum nach der Veränderung
1166 von individuellen Fabriken & Co auf der einen Seite und der generellen
1167 Produktion auf der anderen Seite, staatliche Regulierung und Unterstützung. Ein
1168 Förderfonds kann dabei helfen, Industriearbeitsplätze, wenn dringend notwendig,
1169 für einen stark begrenzten Zeitraum aufrechtzuerhalten. Eingebettet in eine
1170 Europäische Industriestrategie muss der Strukturwandel so aktiv gestaltet
1171 werden.

1172
1173
1174
1175
1176
1177

1178 Das Kapitalistische System schafft durch die Digitalisierung immer größer
1179 werdenden Druck zur Gewinnmaximierung. Der damit einhergehende und angestrebte
1180 Arbeitsplatzverlust führt zu sinkenden Sozialabgaben aus der Wirtschaft, sowie
1181 zu sinkenden Steuereinnahmen anhand der Einkommenssteuer der Arbeitnehmer*innen.
1182 Wir wollen sicherstellen, dass dieser Verlust an Einnahmen kompensiert wird.
1183 Dazu braucht es eine höhere progressiv ansteigende Besteuerung der Gewinne von
1184 Unternehmen und andere geeignete Instrumente! Dabei muss sichergestellt sein,
1185 dass diese Instrumente die Digitalisierung und Modernisierung der Gesellschaft
1186 nicht hemmen. Denn statt Digitalisierungsblockaden braucht es unter Anderem
1187 Stärkung des Kündigungsschutzes, stärkere Betriebsräte, besonders im
1188 Mitspracherecht bei Kündigungen und stärkere Gewerkschaften durch beispielsweise
1189 eine Stärkung des Streikrechts.

1190 **2. Arbeit gerecht gestalten!**

1191 Immer mehr Menschen bearbeiten nach Feierabend noch schnell ein paar Mails oder
1192 klären Berufliches zwischendurch in der WhatsApp-Gruppe. Gerade in StartUps und
1193 Unternehmen, die sich schnell den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen
1194 (wollen), gewinnen Teamgefühl, gute technische Ausstattung und der Kicker im
1195 Pausenraum an Bedeutung.

1196 Doch der Druck zur Produktivitätssteigerung ist auch dort vorhanden, wo der
1197 Arbeitsplatz als neuer Lebensmittelpunkt gefeiert und gestaltet wird. Diese
1198 Strategie nutzt die emotionale Bindung an Team und Arbeitsstelle aus, um extrem
1199 niedrige Bezahlung und abstruse Arbeitszeiten zu rechtfertigen.

1200 Seit die Notwendigkeit zur Anwesenheit in vielen Arbeitsbereichen nicht mehr
1201 gegeben ist, erleben wir die Ambivalenz der damit einhergehenden

1202 Flexibilisierung. Einerseits findet eine immer größer werdende Entgrenzung
1203 zwischen Arbeit und Freizeit statt, andererseits bietet sie die Chance
1204 selbstbestimmter zu arbeiten und Arbeit neu zu strukturieren.

1205 Diese Chance sollten wir nutzen und gleichzeitig verhindern, dass Arbeitnehmende
1206 dem Druck ausgesetzt sind, ständig erreichbar und immer im Leistungsmodus sein
1207 zu müssen.

1208 Deshalb wollen wir, dass Arbeitnehmende ihre Arbeitszeit, dort wo möglich, nach
1209 dem Gleitzeitmodell frei einteilen können, aber dass auch hier eine strikte
1210 Zeitgrenze von 8-20 Uhr gewahrt wird. Auch das Home Office, das in den letzten
1211 Jahren immer beliebter wurde, kann zu einem Mehr an Selbstbestimmung führen.
1212 Doch wir müssen dafür sorgen, dass Pausenzeiten und Stundenzahlen auch im
1213 HomeOffice eingehalten werden, um Ausbeutung zu verhindern.

1214 Mehr Frei(zeit)!

1215 Wir finden: Arbeit ist fürs Leben da, nicht das Leben für die Arbeit. Deshalb
1216 wollen wir mehr Freiräume für Arbeitnehmer*innen schaffen, auch über die
1217 Absenkung der Wochenarbeitszeit hinaus: die gesetzliche Mindesturlaubszeit soll

1218 auf mindestens 7 Wochen erhöht werden. Außerdem sollen Arbeitnehmer*innen das
1219 Recht auf Auszeiten haben: wir wollen ermöglichen, dass Arbeitgeber*innen
1220 mindestens ein Sabbatical pro 10 Jahre Erwerbsarbeit gewähren müssen.
1221 Arbeitnehmende können so ohne Angst vor Jobverlust & Existenzangst eine Auszeit
1222 von ihrer beruflichen Tätigkeit nehmen.

1223 Guter Lohn für alle!

1224 Insbesondere solange Lohnarbeit etwas ist, von dem ein Großteil der Menschen
1225 abhängig ist, muss diese gut entlohnt werden - gerade, wenn wir die Chancen der
1226 Digitalisierung nutzen und Arbeit reduzieren wollen. Arbeit ist für
1227 Arbeitnehmer*innen kein Selbstzweck, sondern dient ihnen in erster Linie zur
1228 Finanzierung ihres Überlebens und des eigenen Lebensstandards. Die Löhne in
1229 Deutschland sind im europäischen Vergleich Schlusslicht. Mehr und mehr Menschen
1230 können nicht länger von ihrem Gehalt leben, während gleichzeitig Bonis von
1231 Managern & Co immer weiter steigen. Und zu viele Unternehmen nutzen den Luxus,
1232 ihren Mitarbeiter*innen so wenig Lohn zu zahlen, dass die Solidargemeinschaft
1233 eingreifen und Gehälter aufstocken muss, um Menschen ein menschenwürdiges
1234 Leben für sich und ihre Familie zu ermöglichen.

1235 Für uns als GRÜNE JUGEND ist deshalb klar, dass gut bezahlte und unbefristete
1236 Arbeit wieder zum Standard werden muss. Alle Ausnahmen vom Mindestlohn sollen
1237 ersatzlos gestrichen werden, der Mindestlohn selbst kontinuierlich erhöht
1238 werden. Wir setzen uns für eine Anhebung des Mindestlohns auf 15€ pro Stunde
1239 ein - bei gleichzeitiger Festsetzung einer Lohnobergrenze, die sich an dem
1240 Gehalt derer im Unternehmen orientiert, die am wenigsten verdienen. Die
1241 Lohnobergrenze wollen wir auf das zehnfache des niedrigsten Lohnes festsetzen.
1242 Langfristig denken wir über die Entkoppelung des Lohns von der geleisteten und
1243 der festgeschriebenen Stundenzahl nach. Entlohnung auf Verhandlungs- und
1244 Vertrauensbasis kann ein Schritt hin zu einem fairen und solidarischen
1245 Miteinander sein, uns ist jedoch bewusst, dass sie im Rahmen der bestehenden
1246 Verhältnisse zu einer Aushöhlung von Arbeitnehmer*innenrechten führen würde.

1247 Selbstständige unterstützen!

1248 Bei alledem müssen wir auch diejenigen im Blick behalten, die in keinem
1249 Arbeitnehmendenverhältnis sind und als (Solo-)Selbstständige, Freelancer, Cloud-
1250 oder Clickworker ihr Geld verdienen. Die Zahl der Selbstständigen steigt und
1251 wird es in den kommenden Jahren wahrscheinlich weiter tun. Selbstständige sind
1252 unterschiedlichen gesetzlichen Regularien ausgesetzt, die nicht nur verwirren,
1253 sondern auch allesamt keinen Schutz vor Ausbeutung, sowie keine
1254 Sozialversicherung und Unfallversicherung garantieren. Wir wollen deshalb in
1255 jeder Kommune ein Zentrum als Beratungsstelle für Selbstständige aufbauen, das
1256 dabei hilft Ausbeutung und Leistungsdruck zu bekämpfen. Langfristig wollen wir
1257 einen gesetzlichen Schutz für Selbstständige schaffen, indem auch ihr Recht auf
1258 Freizeit festgeschrieben wird. Gegen Scheinselbstständigkeit wollen wir
1259 konsequent vorgehen und hier vor allem die Unternehmen statt den ihrerseits
1260 abhängigen (Schein-)Selbstständigen in die Pflicht nehmen.

1261 Datenschutz und Privatsphäre schützen!

1262 Neue technologische Möglichkeiten bergen auch eine Gefahr für die Privatsphäre
1263 der Arbeitnehmenden: Von wann bis wann der Rechner genutzt wurde, welche
1264 Rufnummern angerufen wurden und welche Websites besucht wurden, lässt sich in
1265 Zukunft leichter erfassen als bisher. Wir wollen die Privatsphäre der
1266 Arbeitnehmenden absichern und fordern daher die Pflicht für Unternehmen
1267 Arbeitsgeräte für berufliche Tätigkeiten im Home Office zur Verfügung zu
1268 stellen. Wir wollen die Arbeitnehmer*innenrechte stärken, damit sie nicht eigene

1269 Arbeitswerkzeuge für die berufliche Tätigkeit nutzen müssen. Denn der Trend zum
1270 HomeOffice darf nicht dazu führen, dass die privaten Geräte der Arbeitnehmenden
1271 mit den privatesten Daten in das Berufsleben eingebunden werden. Darüberhinaus
1272 wollen wir das Recht auf Privatsphäre am Arbeitsplatz - egal ob im Büro oder
1273 HomeOffice - festschreiben. Softwares, die zur Kontrolle der Arbeitsleistung der
1274 Mitarbeitenden dienen und somit als Überwachungstechnologien dienen, wollen wir
1275 hingegen verbieten.

1276 **3. Digitalisierung zur Revolution der Geschlechterverhältnisse nutzen?!**

1277 Als feministischer Verband denken wir den Kampf für Gleichberechtigung in all
1278 unserem politischen Handeln mit. Unser Ziel ist es deshalb, die Digitalisierung
1279 der Arbeitswelt so zu gestalten, dass sie zu einer Überwindung von ungleichen
1280 Geschlechterverhältnissen und Bildern beiträgt. Häufig wird behauptet, dass eine
1281 Flexibilisierung der Arbeit automatisch die Besserstellung von Frauen mit sich
1282 bringt, da sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärkt. Das ist jedoch
1283 keine Selbstverständlichkeit, in vielen Fällen führt genau diese
1284 Flexibilisierung zu einer Mehrbelastung von Frauen, die sich weiterhin um die
1285 häusliche Care-Arbeit kümmern müssen und sich gleichzeitig immer weniger
1286 gegenüber ihrem Beruf abgrenzen können. Dafür ernten sie häufig auch noch
1287 Missbilligung und fehlendes Verständnis, auch von der eigenen Familie. Hinzu
1288 kommt, dass die zunehmende Entgrenzung und Verschmelzung von Arbeitskraft und
1289 Privatperson zu einer hohen Belastung in Berufen führt, die traditionell von
1290 Frauen ausgeübt werden. So sind zum Beispiel die Depressionsraten in Service-
1291 und Sozialberufen besonders hoch.

1292 Unser Ziel kann es insgesamt nicht sein, dass Frauen Beruf und Familie ein
1293 bisschen besser unter einen Hut bekommen und der Großteil der Care- und
1294 Reproduktionsarbeit weiter an ihnen hängen bleibt, bzw. durch die vermeintliche
1295 Verbesserung noch stärker übernehmen. Stattdessen müssen wir die Digitalisierung
1296 der Arbeitswelt so nutzen, dass sie zum Beispiel durch eine allgemeine
1297 Arbeitszeitverkürzung eine wirklich partnerschaftliche Aufteilung von Care-
1298 Arbeit ermöglicht - bei der nicht mehr Frauen die alleinige Verantwortung für
1299 diese tragen.. Das kann nur gelingen, wenn wir die Digitalisierung mit unseren
1300 sonstigen feministischen Forderungen, arbeitsmarktpolitisch und darüber hinaus,
1301 zusammen denken.

1302

1303 Weiterhin setzt eine feministische Gestaltung der Arbeitswelt der Zukunft
1304 grundlegende Veränderungen im Bereich der Care-Berufe voraus. Die
1305 Digitalisierung führt dazu, dass viele Tätigkeiten, die bisher von Menschen
1306 ausgeübt werden, in Zukunft von Maschinen übernommen werden können. Es gibt
1307 jedoch auch Bereiche, bei denen wir es wichtig finden, dass sie auch in Zukunft
1308 von Menschen ausgeübt werden. Das heißt nicht, dass nicht auch in diesen
1309 Bereichen die Digitalisierung zur Erleichterung der Arbeit und Verbesserung der
1310 Arbeitsverhältnisse genutzt werden soll. Es gibt jedoch Kernbereiche,
1311 insbesondere im Spektrum der Care-Berufe, die zwischenmenschliche Beziehung und
1312 Empathie voraussetzen und das auch in Zukunft sollen. Im Moment werden diese
1313 Tätigkeiten zum großen Teil von Frauen ausgeübt. Damit die Digitalisierung der
1314 Arbeitsverhältnisse nicht zu einer Schlechterstellung von Frauen führt, müssen
1315 also Berufe, die in diese Kategorie fallen und die auch in Zukunft von Menschen
1316 ausgeübt werden sollen, aufgewertet, im Sinne einer fairen Bezahlung und
1317 besseren Arbeitsbedingungen, werden.

1318 **4. Arbeit demokratisieren**

1319 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Entscheidungen über Herstellung
1320 und Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands demokratisch getroffen werden.
1321 Deshalb streben wir nach einer Wirtschaftsdemokratie, also die demokratische

1322 Organisaton von Wirtschaft. Leider sind wir von diesem Ziel im Moment weit
1323 entfernt: durch Deregulierung, Flexibilisierung und Vereinzelung in neoliberalen
1324 Zeiten haben Gewerkschaften, als Formen der kollektiven Interessensvertretung,
1325 an Bedeutung und Macht verloren. Doch wir sind davon überzeugt, dass in der
1326 Digitalisierung auch Chancen für ein Mehr an betrieblicher Mitbestimmung
1327 liegen. Durch neue Formen der Kommunikation und neue Konzepte der Zusammenarbeit
1328 und Entscheidungsfindung, können Hierarchien abgebaut und eine stärkere
1329 Beteiligung von Arbeitnehmer*innen sicher gestellt werden. Diese Nutzung von
1330 Digitalisierungsschüben im Sinne einer Demokratisierung der Wirtschaft, setzt
1331 jedoch voraus, dass politische Rahmenbedingungen geschaffen werden.
1332 Das bedeutet zunächst, dass wir uns nicht mit Scheinbeteiligung zufrieden geben
1333 dürfen. In immer mehr Unternehmen wird durch freundschaftlichen Umgang, eine
1334 stärkere Feedbackkultur, der zunsahmenden Identifikation mit dem Betrieb und
1335 einer Vermischung von Berufs- und Privatleben der Eindruck von hierarchiefreier
1336 Mitbestimmung erweckt. Dabei handelt es sich jedoch zumeist um einen
1337 Trugschluss, da die ökonomische Macht, sowohl im Sinne des Eigentums an
1338 Produktionsmitteln als auch der tatsächlichen Entscheidungsbefugnis, nach wie
1339 vor bei den Arbeitgeber*innen liegt. Für eine tatsächliche
1340 Wirtschaftsdemokratie gilt es deshalb, die Machtfrage zu stellen. Das bedeutet
1341 zum einen, dass wir eine gemeinschaftlich organisierte Wirtschaft brauchen, in
1342 der Entscheidungsbefugnisse, Produktionsmittel und damit Macht gerecht verteilt
1343 sind. Außerdem sehen wir folgende mittelfristige Schritte als notwendig:
1344
1345 Erstens müssen die Rechte von Gremien der kollektiven Mitbestimmung, also
1346 insbesondere von Betriebsräten gestärkt werden. In den letzten Jahren konnten
1347 wir sehen, wie immer wieder das Prinzip der individuellen Partizipation dem der
1348 kollektiven Mibestimmung vorgezogen wurde. Dieser Trend führt jedoch im
1349 Endeffekt zu einer enormen Schwächung der Position von Arbeitnehmer*innen,
1350 gerade wenn es um hard facts wie Lohnverhandlungen geht. Wir setzen uns dafür
1351 ein, dass Betriebsräte gerade in den Bereichen, in denen die Digitalisierung
1352 sich am deutlichsten abzeichnet, ein Mitspracherecht bekommen. So fordern wir
1353 eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, die Betriebsräten ein
1354 Mitentscheidungsrecht bei allen Fragen rund um Home Office und
1355 Arbeitszeitvereinbarungen gibt. Außerdem setzt eine wirkliche Demokratisierung
1356 von Unternehmen voraus, dass Betriebsräte nicht nur bei sozialen oder
1357 arbeitsrechtlichen, sondern auch unternehmerischen Fragen mitentscheiden
1358 können. Wir wollen, dass auch Menschen, die sich gerade im Bereich der
1359 Scheinselbstständigkeit befinden, die Möglichkeit einer kollektiven Vertretung
1360 und Teil eines Mitbestimmungsprozesses werden. Dafür brauchen wir einen neuen
1361 Begriff von Betrieben, der auch diese Formen der Beschäftigung erfasst und die
1362 Organisierung ermöglicht.
1363
1364 Zweitens wollen wir die gesellschaftliche Rolle von Gewerkschaften stärken.
1365 Unser Demokratiebegriff geht über die rein politische Sphäre hinaus, sondern
1366 umfasst die gesamte Gesellschaft und damit insbesondere auch Wirtschaft und
1367 Arbeitsleben. Den Gewerkschaften kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Sie können
1368 ein wichtiger Gegenpol zur zunehmenden Demokratieverdrossenheit sein, sofern sie
1369 konsequent die Interessen von Arbeitnehmer*innen vertreten und gleichzeitig ein
1370 politisches Mandat einnehmen und an Prozessen der gesellschaftlichen
1371 Willensbildung teilnehmen. Deshalb setzen wir uns für die Einführung des
1372 politischen Streikrechts ein. Die Arbeit von Gewerkschaften wird durch die
1373 zunehmende Entkopplung von Arbeit von einem bestimmten Ort erschwert, da
1374 Massenbetriebe zunehmend ihre Bedeutung als Ort der politischen Mobilisierung
1375 verlieren. Umso wichtiger ist es, dass Gewerkschaften die neuen
1376 Kommunikationsmöglichkeiten nutzen, um möglichst viele Mitglieder zu erreichen
1377 und einzubinden.

1378

1379 Für uns ist klar, dass sich unser Kampf für eine Demokratisierung der
1380 Wirtschaft nicht auf den nationalen Rahmen beschränken darf, sondern global
1381 gedacht werden muss. Wir wollen Mitbestimmung überall ermöglichen. Ein erster
1382 Schritt dafür ist die Einführung einer verpflichtenden und tatsächlichen
1383 betrieblichen Mitbestimmung für alle Gesellschaftsformen des EU-Rechts. So
1384 wollen wir etwa die Montanmitbestimmung europaweit garantieren.

1385 **5. Digitales in die Bildung - Gerechtigkeit von Anfang an mitdenken!**

1386 Als GRÜNE JUGEND sehen wir Bildung als Weg zur kritischen Bewusstseinsausbildung
1387 und Möglichkeit zur persönlichen Entwicklung - nicht als ersten Schritt in die
1388 Zwänge von Verwertungslogik & Co. Der Zweck und Auftrag von Schule und anderen
1389 Bildungseinrichtungen darf deshalb nicht die reine Vorbereitung auf das
1390 Arbeitsleben sein. Doch die Realität sieht anders aus: insbesondere Kinder und
1391 Jugendliche aus armen Familien sind darauf angewiesen in der Schule digitale
1392 Möglichkeiten kennenzulernen und zu lernen mit ihnen umzugehen und zu arbeiten -
1393 auch und gerade wenn zuhause kein Tablet oder die neusten Gadgets zur Verfügung
1394 stehen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass bereits bestehende Ungleichheiten und
1395 Ungerechtigkeiten, die mit und im Bildungssystem zementiert werden, noch
1396 gravierendere Auswirkungen auf die Zukunft dieser Menschen hat. Deshalb fordern
1397 wir als GRÜNE JUGEND den digitalen Wandel in den Schulen beginnen zu lassen.
1398 Dieser bestimmt heute den Alltag der meisten Schüler*innen, Auszubildenden und
1399 Studierenden, den Schulalltag meist jedoch nur mäßig bis gar nicht. Die
1400 Realität, dass 9 von 10 Schüler*innen ein Smartphone in der Tasche haben,
1401 einfach durch ein Anschlag-Verbot totzuschweigen, wird unserem Anspruch auf
1402 zeitgemäße Schulbildung nicht gerecht.
1403 Wir wollen digitale Bildung als ganzheitliche Bildungsaufgabe in den Lehrplänen
1404 verankern. Digitalunterricht stellen wir uns nicht als weitere Unterrichtsstunde
1405 vor, die im Rahmen des Informatikunterrichts nebenbei mitgemacht wird. Er muss
1406 allumfassend sein und auch die bisherigen Bildungsinhalte hinterfragen. Digitale
1407 Medien sind nicht nur Beschäftigungsmöglichkeit, sondern auch Wissensspeicher.
1408 Diesen erfolgreich zu nutzen anstatt das Auswendiglern-Bildungssystem
1409 unreflektiert fortzusetzen, ist nur ein Aspekt von vielen.
1410 Für Lehrkräfte braucht es umfassende Fortbildungen. Das Bildungssystem ist
1411 gerade in Bezug auf den digitalen Wandel absolut defizitär und muss grundlegend
1412 erneuert werden. Dafür bedarf es auch einer entsprechenden finanziellen
1413 Ausstattung. Die GRÜNE JUGEND fordert die Aufhebung des Kooperationsverbotes als
1414 Chance zu nutzen, um die Schulen mit fortgebildeten Lehrkräften, aber auch
1415 hochwertiger Hardware und Hochleistungsanschlüssen zum Internet auszustatten.
1416
1417 Digitale Bildung soll jedoch auch nicht nach dem Schulabschluss enden, sondern
1418 einen lebenslangen Prozess darstellen, da die Menschen mit dem Fortschreiten des
1419 digitalen Wandels auch immer die Befähigung erhalten müssen, die neu
1420 entstehenden Chancen und Risiken als solche auszumachen und zu nutzen. Bezahlter
1421 Bildungsurlaub für Aus- und Weiterbildung für alle Menschen egal welchen Alters
1422 bleibt daher Grundforderung der GRÜNEN JUGEND. Der digitale Wandel kann nur
1423 gesamtgesellschaftlich zum Erfolg werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.